

## **2018/E/02**

### **Beschluss**

**Annahme und Überweisung an den Landesparteirat**

### **Neuordnung der deutschen Türkeipolitik: Prinzipienorientiert statt vorteilsbedacht**

- 1) Sofortige Aufkündigung des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei
- 2 a) Stopp aller bereits genehmigten Rüstungsexporte an die Türkei
- 2 b) Vorerst keine Genehmigung von Rüstungsexporten an die Türkei
- 3) Deutschland strebt gemeinsam mit weiteren europäischen Staaten eine Staatenbeschwerde nach Art. 33 EMRK vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an. Das Erdoan-Regime soll wegen Verletzung der sich aus der Europäischen Menschenrechtskonvention ergebenden Rechte angeklagt werden.
- 4) Nicht nur die Einfrierung der Gelder zur Förderung des EU-Beitritts, sondern den sofortigen Stopp aller geplanten Fördermittel an die türkische Regierung sowie die Verhinderung von möglichen geplanten Konjunkturlieferungen seitens Deutschland zur Absicherung der türkischen Wirtschaft
- 5) Weiterhin keine Gespräche über die Vertiefung der EU-Zollunion mit der Türkei
- 6) Die SPD zeigt sich solidarisch mit den progressiv-oppositionellen Kräften und führt Gespräche mit diesen. Diese Gespräche haben zum Ziel, die progressiv-oppositionellen Kräfte zu stärken.
- 7) Die Bundesregierung setzt sich für einen Abzug der türkischen Besatzungstruppen aus Nord-Zypern und eine Lösung der Zypernfrage ein

Überweisung an den Landesparteirat mit der Aufforderung eine Sitzung mit dem Schwerpunkt "Türkeipolitik" und "Naher Osten" durchzuführen.

### **Überweisen an**

Landesparteirat